

# Bankenrettungsfonds – Angriff auf die Staatskasse

**Es ist fast wie vor der Krise: Die Banker drehen ein großes Rad, die Regierungen schauen dabei zu und reden darüber, ob denn überhaupt noch neue Regeln für die Finanzmärkte notwendig seien. Hier und da wird ein Abkommen gegen Steuerflucht kameratauglich unterzeichnet.**

Geschimpft wird auf die Banker-Boni, weil sich hier die Wut auf jene artikulieren kann, die die Weltwirtschaft an den Rand des Abgrunds geführt haben. Worum es eigentlich geht, steht kaum im Blickfeld: strenge Regeln für Finanzmarktprodukte, mit dem Kreditvolumen steigende Eigenkapitalvorschriften für Banken, Besteuerung der Finanzmarktgeschäfte - Vorschläge liegen genügend auf dem Tisch.

Mittendrin sagt die Bundeskanzlerin Anfang September nebenbei einen Satz: „Keine Bank darf so groß werden, dass sie die Regierung erpressen kann.“

Allerdings hat sie nicht vor, nun in DIE LINKE einzutreten. Was hat sie dann vor? Vermutlich nichts.

Denn: Die Bundesregierung rettete die Hypo Real Estate, weil sie „systemrelevant“ ist – d.h. ihre Insolvenz hätte, so heißt es, zum Zusammenbruch des deutschen, ja europäischen Finanzmarkt geführt. So etwas nennt man Erpressungspotential.

Denn: Die Bundesregierung belebte die Commerzbank mit der zweitgrößten öffentlichen Geldspritze – nur damit sie mit der Dresdner Bank fusionieren kann - um ihr Erpressungspotential zu erhöhen.

Förderung der Konzentration der Banken statt Entflechtung und Rückführung auf eine zumindest marktwirtschaftlich verträgliche Größe kennzeichnet die Politik der Bundesregierung.

Vor knapp einem Jahr, mitten in der akuten Finanzmarktkrise, sah sich die Kanzlerin den Staat schon einmal als „Hüter der Ordnung“, der „zum Wohle des gesellschaftlichen Gesamtinteresses steuert“. Schön wär's gewesen. Nicht etwa machen gewählte Volksvertreter knallharte Vorgaben, wie die in die Pleite gewirtschafteten Geldkonzerne saniert werden müssen, wenn sie Staatshilfen in Anspruch nehmen. Bereits im Januar 2009 (Tagespiegel, 25.1.2009) schrieb der Journalist Harald Schumann: „Umgekehrt diktiert der alte Filz aus Bankern und ihren Lobbyisten im Amt, wie jenseits aller demokratischen Kontrolle Abermilliarden Euro, Pfund und Dollar aus Steuergeldern ausge-

reicht werden, ohne dass ein konkreter Nutzen in Aussicht steht. In Deutschland begann dieser Angriff auf die Staatskasse schon an jedem Oktoberwochenende im Kanzleramt, wo Deutsch-Banker Ackermann wie selbstverständlich am Gesetzentwurf für den „Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung“ (Soffin) mitwirkte. Die Formulierung des Textes übernahmen dann auch gleich die Anwälte der Kanzlei Freshfields, die weltweit der Finanzindustrie zu Diensten ist.“

Aus dem Soffin-Fonds wurden bislang – soweit öffentlich bekannt - insgesamt 132,7 Mrd. € Garantien und 21,8 Mrd. € Kapitalhilfen ausgereicht.

Seit der drohenden IKB-Pleite 2007 wurden insgesamt staatliche Garantien in Höhe von 212,6 Mrd. € und staatliche Kapitalhilfen in Höhe von 48,8 Mrd. € ausgereicht. Alles ohne besondere Auflagen, ohne besondere Vorgaben für die weitere Geschäftspolitik und ohne neue Regeln für die Finanzmärkte. Glänzend verdient hat an diesem Geschäft mit staatlichen Krediten – richtig: die Deutsche Bank unter Josef Ackermann.

- *Nächste Seite: Übersicht über staatliche Rettungsmittel*
- *Seite 3: Abkürzungen und Erläuterungen*

Redaktionsschluss: 8. September 2009

## Staatliche Bankenrettungsmittel in Deutschland (Stand: 4.9.2009)

- Staatliche Garantien insgesamt: 212,6 Mrd. €, davon Bund 167,7 Mrd. €
- Staatliche Kapitalhilfen insgesamt: 48,8 Mrd. €, davon Bund: 32,8 Mrd. €
- Soffin-Mittel (Teil der Bundesmittel): insgesamt 132,7 Mrd. € Garantien, insgesamt 21,8 Mrd. € Kapitalhilfen

Datum	Unternehmen	Volumen	Art	Von wem?
7/2009	Landesbank Baden-Württemberg (LBBW)	5 Mrd. €	Kapital	BaWü (2,0 Mrd. €), Sparkassenverband BW (2,0 Mrd. €), Stadt Stuttgart (1,0 Mrd. €)
5/2009	Corealcredit Bank	0,5 Mrd. €	Garantien	<b>Soffin</b>
3/2009	Düsseldorfer Hypothekenbank AG	2,5 Mrd. €	Garantien	<b>Soffin</b>
2/2009	HSH Nordbank	13,0 Mrd. €	Kapital (3,0 Mrd. €), Garantien (10,0 Mrd. €)	jeweils die Hälfte von Hamburg und Schleswig-Holstein
2/2009	VW-Bank	0,0 Mrd. €	Garantien	<b>Soffin</b> ; geplant Garantie von 2 Mrd. €, bisher fehlt ein Vertrag
2/2009	Aareal Bank	4,5 Mrd. €	Stille Einlage (0,5 Mrd. €), Garantien (4 Mrd. €)	<b>Soffin</b>
1/2009	SdB	6,7 Mrd. €	Garantien	<b>Soffin</b>
12/2008ff	IKB	12,0 Mrd. €	Garantien	<b>Soffin</b>
12/2008	Bayern LB	15,0 Mrd. €	Garantien	<b>Soffin</b>
12/2008ff	HRE	55,1 Mrd. €	Garantien (52 Mrd. €), Aktien (3,1 Mrd. €)	<b>Soffin</b>
11/2008	Bayern LB	10,0 Mrd. €	Kapital	Bayern
11/2008	Nord LB	10,0 Mrd. €	Garantien	Niedersachsen (8,3 Mrd. €), Sachsen-Anhalt (1,7 Mrd. €)
11/2008	HSH Nordbank	30,0 Mrd. €	Garantien	<b>Soffin</b>
11/2008ff	Commerzbank	28,2 Mrd. €	Stille Einlagen (16,4 Mrd. €), Aktien (1,8 Mrd. €), Garantien (10 Mrd. €)	<b>Soffin</b> ; Commerzbank gibt 8/2009 5 Mrd. Euro Garantien zurück (neuer Garantierahmen 10 Mrd. €, vorher 15 Mrd. €)
11/2008	Hypo Real Estate Holding	50,0 Mrd. €	Garantien	Bund (35 Mrd. €), Finanzsektor (15 Mrd. €)
11/2008ff	LBBW	17,7 Mrd. €	Garantien	BW (14,7 Mrd. €), Sparkassenverband BW (2,0 Mrd. €), Stadt Stuttgart (1,0 Mrd. €)
4/2008	Bayern LB	4,8 Mrd. €	Garantien	Bayern (3,4 Mrd. €), Sparkassenverband Bayern (1,4 Mrd. €)
2/2008	West LB	5,0 Mrd. €	Garantien	NRW (3 Mrd. €), NRW-Sparkassenverbände (2 Mrd. €)
12/2007	Sachsen LB	2,8 Mrd. €	Garantien	Sachsen
2007-2008	IKB	11,0 Mrd. €	Kapital	Bund (teilweise über KfW)

Quellen: Pressemeldungen und Unternehmens-Ad-hoc-Mitteilungen

## Abkürzungen und Erläuterungen

Garantie	Versprechen des Staates, für Schulden einer Bank zu haften. Die Garantie wird für eine bestimmte Höhe und einen bestimmten Zeitraum vereinbart. Eine Garantie ist „ausgelaufen“, wenn der vereinbarte Zeitraum verstrichen ist. Für die Garantie erhält der Staat von der Bank eine Provision in Höhe von etwa 0,5 bis 1 Prozent pro Jahr bezogen auf die Garantiesumme.
Kapitalhilfe	staatliche Gelder zur Stärkung der Kapitalbasis einer Bank, zum Beispiel durch Aktienkauf oder stille Beteiligung
SdB	Sicherungseinrichtungsgesellschaft deutscher Banken, ein Fonds zur Absicherung von Kundeneinlagen. Die SdB hat bei den Banken, die den Fonds tragen, eine Anleihe von 6,7 Mrd. Euro platziert. Dieses Geld stellt die SdB dem Einlagensicherungsfonds über einen Kredit zur Verfügung. Der Soffin hat für die von den Banken gezeichnete SdB-Anleihe mit Genehmigung der EU-Kommission eine staatliche Rückzahlungsgarantie gewährt. Die 6,7 Mrd. € sollen die Entschädigung der Kunden der insolventen US-Bank Lehman Brothers absichern.
Soffin	Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (bundeseigen)
Stille Einlage	Eine Form der Kapitalbeteiligung, die als haftendes bilanzielles Eigenkapital anerkannt wird, dem Geldgeber aber kein Mitspracherecht gibt. Die Bank, die die stille Einlage erhält, muss nur dann Zinsen auf die stille Einlage zahlen, wenn sie Gewinn macht.